S 24 R 573/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 24 R 573/21

Datum -

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 R 86/23 B

Datum -

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde des SachverstĤndigen wird der Beschluss des Sozialgerichts Gelsenkirchen vom 14.12.2022 aufgehoben.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Landeskasse.

Gründe:

Die Beschwerde des Sachverständigen ist begründet. Der angefochtene Beschluss war aufzuheben.

Ist eine schriftliche Begutachtung angeordnet und vers \tilde{A} ¤umt der Sachverst \tilde{A} ¤ndige eine ihm gesetzte Frist, so soll gegen ihn ein Ordnungsgeld festgesetzt werden (\hat{A} § 118 Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. \hat{A} § 411 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 ZPO), wenn dieses vorher unter Setzung einer Nachfrist angedroht worden ist. Diese Voraussetzungen sind hier nicht erf \tilde{A} ½llt.

Der Sachverst \tilde{A} xndige wurde mit Beweisanordnung vom 27.01.2022 unter Fristsetzung bis zum 27.07.2022 mit der Erstattung eines Gutachtens \tilde{A}^{1} 4ber das Leistungsverm \tilde{A} ygen der Klyyzerin im Erwerbsleben beauftragt. Nachdem das

Gutachten nicht eingegangen war, hat das Sozialgericht dem SachverstĤndigen unter dem 09.09.2022 eine Nachfrist bis zum 12.10.2022 gesetzt und gleichzeitig die Festsetzung eines Ordnungsgeldes angedroht. Die Nachfrist wurde dem SachverstĤndigen unter seiner beruflichen Anschrift (K) gegen Zustellungsurkunde ļbermittelt. Auf Antrag des SachverstĤndigen hat das Sozialgericht mit Schreiben vom 04.10.2022 (einfacher Brief) eine FristverlĤngerung bis zum 30.11.2022 gewĤhrt. Nachdem das Gutachten bis zum 30.11.2022 nicht eingegangen war, hat das Sozialgericht dem SachverstĤndigen mit dem angefochtenen Beschluss vom 14.12.2022 ein Ordnungsgeld in HĶhe von 750,00 EUR auferlegt. Mit gesondertem Schreiben vom 14.12.2022 hat das Sozialgericht eine weitere Nachfrist bis zum 31.01.2023 gesetzt und fľr den Fall, dass das Gutachten nicht innerhalb dieser Frist eingeht, die Festsetzung eines weiteren Ordnungsgeldes angedroht. Sowohl der Beschluss als auch die Nachfrist wurden dem SachverstĤndigen per Zustellungsurkunde in das K übermittelt. Das angeforderte Gutachten ist im Januar 2023 bei dem Sozialgericht eingegangen.

Der Senat musste den angefochtenen Beschluss aufheben, weil das Sozialgericht dem SachverstĤndigen vor Erlass des Ordnungsgeldbeschlusses keine wirksame Nachfrist gesetzt und zudem nicht die Festsetzung eines Ordnungsgeldes angedroht hat. Das Sozialgericht hat sich nach Eingang des Schreibens des SachverstĤndigen vom 26.09.2022 darauf beschrĤnkt, antragsgemäÃ∏ eine Fristverlängerung bis zum 30.11.2023 zu gewĤhren. Die schlichte GewĤhrung einer FristverlĤngerung reicht nicht aus, um darin gleichzeitig die Setzung einer Nachfrist mit Ordnungsgeldandrohung zu sehen. Vor dem Hintergrund des mit der Festsetzung eines Ordnungsgeldes verbundenen Eingriffs ist es im Interesse der Rechtsklarheit erforderlich, dem SachverstĤndigen (jedes Mal) vor VerhĤngung eines Ordnungsgeldes, unmissverstĤndlich eine Nachfrist zu setzen und ihm die Konsequenzen der VersĤumung einer ausdrļcklich gesetzten Nachfrist vor Augen zu führen. Dies ist hier nicht geschehen. Auf die unter dem 09.09.2022 erfolgte Nachfristsetzung kann der angefochtene Beschluss nicht gestützt werden, weil sich diese wiederum durch die FristverlĤngerung vom 04.10.2022 â∏erledigtâ∏∏ hat.

Angesichts dessen kann offenbleiben, ob die mit der Beschwerde vorgetragenen Aspekte die Aufhebung des Beschlusses oder eine Reduzierung des Ordnungsgeldes hÄxtten rechtfertigen kĶnnen. Nachdem der SachverstÄxndige den Beschluss tatsÄxchlich erhalten hat Â (§ 189 ZPO), ist es ferner unerheblich, dass der Beschluss (und zuvor bereits die Nachfristsetzung vom 09.09.2022) dem SachverstÄxndigen nicht wirksam mittels Zustellungsurkunde an seinem Arbeitsplatz im K zugestellt werden konnte (vgl. § 178 Abs. 1 ZPO â□□ hierzu z.B. Senat, Beschluss v. 19.12.2022 â□□ L 5 U 216/22 B; Beschluss v. 13.06.2022 â□□ L 5 KR 318/22 B juris Rn. 3 ff.).

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des $\frac{\hat{A}\S 193}{SGG}$.

Der Beschluss ist nicht mit der Beschwerde anfechtbar (§ 177 SGG).

Â

Â

Erstellt am: 10.11.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024